

Richtung bestimmen!

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Lars Neumann
und Stefan Stache



Eine vielfach am Boden liegende Organisation mit oftmals kaum noch funktionierenden Gremien vom Stadtbezirk bis hin zur Landesebene, ein in weiten Teilen aufgeriebener, seines gesellschaftlichen Ansehens beraubter und demotivierter Funktionärskörper und damit eine nahezu sprachlose und in der Fläche nicht kampagnenfähige Partei ergänzen den Blick aus einer Innensicht.

» Kurzum, der Scherbenhaufen umfasst vielen Facetten. Soll die Lagebeschreibung der SPD jedoch nicht in einem diffusen Abgesang enden, stellt sich für die sozialdemokratische Linke die Aufgabe, handlungsorientierte Vorhaben zu benennen und schließlich zu bearbeiten. Der spw-Schwerpunkt hat sich genau dies zum Ziel gesetzt und versucht neben einer Einschätzung, einzelne Mosaiksteine einer linksreformerischen Strategie in den Mittelpunkt zu stellen. Dass dies weder abschließend noch widerspruchsfrei gelingen kann, versteht sich von selbst. Vielmehr geht es jetzt um eine Suchbewegung, die die Spielräume für linke Politik in und mit der SPD realistisch einschätzt und erweitert.

□ Lage der SPD

Das Streitgespräch mit Ernst-Dieter Rossmann von der Parlamentarischen Linken und Christian Lange von den Netzwerkern macht deutlich, dass die Phase der Neuorientierung nach der Agenda 2010 immer noch nicht abgeschlossen ist und sich alle Parteizirkel auf der Suche befinden. Das Gespräch spiegelt die widersprüchlichen Positionen innerhalb der Fraktion wieder. Eine Seite bewertet die Entwicklung am Arbeitsmarkt als Erfolg der Agenda 2010 und möchte den Kurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik unter den Begriffen „Haushaltskonsolidierung“ und „Generationengerechtigkeit“ mehr oder minder fortsetzen, während die andere Seite Akzente in Richtung guter Arbeit und Umverteilung setzen will und die soziale Schiefelage der bisherigen Politik betont. Besonders strittig ist vor dem Hintergrund der Ereignisse in Hessen die Glaubwürdigkeit der SPD.



Foto: www.fotolia.de, ©Thaut Images

» Hessendebakel, Tiefstände bei den Umfragen, mangelnde Solidarität der engsten Parteiführung mit dem Vorsitzenden und zudem noch wenig vorzeigbare Erfolge der Sozialdemokratie in der Großen Koalition. Von außen betrachtet ist derzeit die Liste mit den vielen großen und kleinen Baustellen der SPD ziemlich lang. Entsprechend groß ist die Verunsicherung. Auch der Druck durch gutmeinende, aber auch von Eigeninteressen motivierten Kommentatoren und Ratgebern ist gewaltig.

» Neben dieser horizontalen Aufteilung ist die vertikale Spaltung zwischen dem professionellen Politikbetrieb und dem Unterbau der Partei in den Blick zu nehmen. Bei dieser Aufteilung geht es nicht um ein plumpes „Oben gegen Unten“ oder gar um Verratsvorwürfe. Es zeigen sich vielmehr unterschiedliche Perspektiven, Ansprüche und Kulturen innerhalb der SPD, die sich immer weiter voneinander entfernen. Dies ist einerseits eine Auswirkung des Mitgliederschwundes, andererseits ein Zeichen für die Professionalisierung der Politikproduktion. Gerade für die sozialdemokratische Linke ist dies besonders von Belang, hat sie doch in der Vergangenheit auf verankerte Akteure im Parlament wie auf die vielen lokalen Meinungsführer im Stadtteil, im Verein und im Betrieb gesetzt. Wenn diese kommunizierenden Röhren jedoch nicht mehr funktionieren, ist damit der klassische Handlungsansatz untergraben.

Das Plädoyer Ernst Hillebrands, den Politikdiskurs wieder mit den Lebensrealitäten der eigenen Wählermilieus zu erden, verweist auf dieses zentrale Defizit. Die in diesem Beitrag angesprochenen Veränderungen, wie die wachsende Angst um den Arbeitsplatz und den sozialen Abstieg, die zunehmende Leistungsanforderungen im Berufsleben und die Auswirkungen auf die persönlichen Lebensverhältnisse werden zwar analytisch aufgefasst, jedoch nur unzureichend durch den Typus des Berufspolitiker verinnerlicht.

„Aus dem Lot geraten“, so überschreibt Franz Walter seine Überlegungen zur Transformation des Parteitypus der Sozialdemokratie. Die SPD habe sich eine Attitüde der selbstgefälligen Arriviertheit angeeignet, bei der die Lebensrealität der gesellschaftlichen Untergeschosse nicht mehr bei ehren- und hauptamtlichen Repräsentanten der Sozialdemokratie gespiegelt wird. Die SPD habe sich, so Walter, an dem amorphen Parteityp des klassischen Liberalismus angenähert und habe sich in der Konsequenz mit einem Bedeutungsverlust von Gremienentscheidungen auseinander zu setzen. Auch dieser Befund ist für die SPD-Linke folgenreich, baute die eigene Stärke doch immer auch auf Programmen und Beschlüssen auf.

» Hinzu kommen die Veränderungen im Parteiensystem, bei dem anstelle von vier nun längerfristig fünf Parteien auf dem Spielfeld auflaufen werden. Die Anerkennung dieser Realität hat jüngst innerparteilich zu heftigsten Auseinandersetzungen geführt, die sowohl aus der Entstehungsgeschichte der neuen Partei mit vielen ehemaligen SPD-Genossen und den entsprechenden Emotionen resultiert. Vor allem verweist dieser Streit aber auf unterschiedliche Politikkonzepte in der Sozialdemokratie selbst.

» Ein Blick über den nationalen Tellerrand kann weiterhelfen. In Skandinavien und in den Niederlanden haben sich Linksparteien zu einem Sprachrohr nicht nur für marginalisierte Bevölkerungsteile entwickelt, sondern auch für die Gewinner der Reformen der 70er Jahre, denen durch die Abwendung der Marktsozialdemokratie von Solidarität und Gerechtigkeit die Lebensidentität in Frage gestellt oder in vielen Fällen die materielle Existenz gefährdet wurde. Insofern ist mit der Entstehung einer Partei links der Sozialdemokratie zunächst ein Stück europäische Normalität vollzogen worden. Der Blick auf die Nachbarländer verdeutlicht ein zweite Lehre: Nach drastischen Wahlniederlagen folgt nicht naturgesetzlich in der Opposition eine Revitalisierung und Frischzellenkur. Vor allem die Niederlande belegen, dass die Sozialdemokratie längerfristig in ihrer Krise verharren kann.

Es kommt damit vor allem auf die Auseinandersetzung um die zweifelsfrei divergierenden Politikkonzepte und deren Deutungshoheit in der SPD an. Dies ergibt für die SPD-Linke die Verpflichtung, eben in jene innerparteilichen Auseinandersetzungen auch öffentlich wahrnehmbar einzugreifen und wirkungsmächtig zu werden. Die Zeit um den Hamburger Parteitag und die öffentliche Interpretation als Linksverschiebung weisen dabei in die richtige Richtung.





Allerdings haben die Diskussionen und die öffentliche Berichtserstattung rund um den letzten Bundesparteitag auch auf ein wesentliches Problem der SPD hingewiesen. Benjamin Mikfeld macht in seinem Artikel auf die zwei vermeintlich antagonistische Logiken der SPD deutlich: Eine Aufspaltung der materiellen und symbolischen Politik in „soziale Gerechtigkeit“ und „Reformpolitik“. Nach zehn Jahren „Blair-Schröder Papier“ und fünf Jahren „Agenda 2010“ muss die SPD der Gegenwart nun unter erschwerten Bedingungen arbeiten und den Rucksack des gescheiterten hegemonialen Projekts der „Neuen Sozialdemokratie“ mit tragen. Trotzdem steht sie vor der Aufgabe, eine wirkliche politische Synthese von Innovation und Gerechtigkeit zu formulieren.

□ Vorwärts gehen

Auch auf die Gefahr hin, sich in programmatischen Auseinandersetzungen festzufahren, muss die SPD-Linke in erster Linie konzeptionell überzeugen. Die vor drei Jahren von Franz Müntefering angestoßene Kapitalismusdebatte hat mit dem Vorschlag einer dem Kapital bzw. den Finanzmarktakteuren grenzensetzende Politik den Zeitgeist getroffen. Richtig ist an dieser Stelle der Hinweis, dass die beklagten Finanzmarktfonds durch Rot-Grün erst der Weg bereitet worden ist. Doch das ist an dieser Stelle belanglos, schwerer wiegt die Folgenlosigkeit im Handeln des sozialdemokratischen Teils der Bundesregierung. Allerdings kann bislang Versäumtes jetzt immer noch nachgeholt werden. Angesichts der am US-Immobilienmarkt entstandenen Krise, die mittlerweile die weltweite Finanzmarktstabilität ernsthaft gefährdet und neben Milliardenabschreibungen bei den Banken zu einer Gefahr für die Realwirtschaft werden kann, ist es Zeit für die zweite Runde der Kapitalismusdebatte. Diesmal müssen selbstredend nicht nur Foren veranstaltet, sondern Maßnahmen zur Bändigung der Finanzmärkte in Deutschland durch die SPD im Parlament auf den Weg gebracht und auch auf der internationalen Bühne forciert werden. Eine vielbeachtete Studie der Parlamentsfraktion der europäischen Sozialdemokratie macht

dabei deutlich, wie sehr vor allem die europäische Ebene in der Verantwortung steht. Sie ist ein Hinweis darauf, dass die SPD-Linke in allen Politikfeldern Europa in den Blick nehmen muss. Bei der im nächsten Jahr anstehenden Europawahl geht es um die Alternative eines sozialen oder eines neoliberalen Integrationsweges.



Michael Dauderstädt von der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt Wege zu einem sozialen Deutschland auf. Anstatt einer wirtschaftspolitischen Ausrichtung auf den Wettbewerb zwischen den Nationalstaaten argumentiert der Autor für die Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstands für alle. Die Eckpfeiler dieser Konzeption sind Produktivität, Beschäftigung und Verteilung. Neben der programmatischen Kompetenz über Wertschöpfung und Wirtschaften muss auch an der sozialstaatlichen Absicherung von veränderten Lebens- und vor allem Erwerbsbiografien von Männern und Frauen weitergearbeitet werden. Der SPW-Zusammenhang wird auf der Frühjahrstagung die Themen Aufstieg, Qualifikation und gute Arbeit aufgreifen. Die Bedeutung dieses Feldes kann nicht deutlich genug hervorgehoben werden, weil die Gestaltung von Arbeitsverhältnissen und deren sozialstaatliche Einbettung den Nukleus eines gemeinsamen Reformprojekts von linken Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen bilden muss.

» Hinterzimmerdebatten sind wichtig für gemeinsame Auffassungen, der Tauglichkeitstest erfolgt hingegen in Wahlauseinandersetzungen. Der Giessener Landtagsabgeordnete Thorsten Schäfer-Gümbel umreißt die Inhalte des Projekts der sozialen Moderne, mit der in Hessen mit einer Zuspitzung auf Mindestlöhne, Steuergerechtigkeit und gemeinsame Schule aus der Opposition heraus erfolgreich ein mobilisierender Wahlkampf bestritten werden konnte. Ob in Hessen ein Politik- ohne Regierungswechsel zu schaffen ist, darüber müssen die kommenden Wochen entscheiden. Der Autor unterstreicht jedoch den Willen zu einer anderen Politik in dem Bundesland.

Um die Durchsetzung einer anderen Politik muss es für die SPD-Linke gehen. Damit ist mit zwei verbreiteten Einschätzungen in der Partei aufzuräumen: Die vermeintlich linke Sehnsucht auf eine Oppositionsrolle hilft ebenso wenig aus der Sackgasse heraus, wie die selbstgenügsame Beschränkung vieler Regierungssozialdemokraten auf eine fortgesetzte Rolle als Juniorpartner in der Großen Koalition.

Politische Mehrheiten müssen angestrebt werden, um Veränderungen zu Gunsten der Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentner zu gestalten. Die Aufgabe der SPD-Linken ist dabei eine doppelte: Erstens geht es um die Partei selbst, und zweitens muss aus der oft zitierten rechnerischen Mehrheit von SPD, Grünen und Linken die Möglichkeit einer politischen Mehrheit angestrebt werden.

Zunächst ist dabei das Risiko zu sehen, dass die Linke in der SPD Gefahr läuft, zwischen die Stühle im erweiterten Parteiensystem zu geraten. Doch ist dieses Szenario nicht zwangsläufig. Mit dem Hamburger Parteitag hat sich die Sozialdemokratie ein progressives Programm gegeben und auch viele Beschlüsse wie die Verlängerung des Arbeitslosengeldes stimmen optimistisch. Die Beschlussebene beinhaltet sehr wohl die Möglichkeit, die Meinungsführerschaft in der Bevölkerung und im Wettbewerb zwischen den Parteien zu erlangen.

» Nun ist Papier immer geduldig und ein guter Parteitag reicht noch lange nicht. Der Parteitagbeschluss zur Bahn macht deutlich, dass es neben der Abstimmung selbst immer auch zu einer zweiten Abstimmung in der Phase danach kommt. Gerade deshalb muss an den Auseinandersetzungen á la Bahn weiter angeknüpft werden. Dies heißt nicht die bloße Verlagerung in Kommissionen, sondern auch die klare und eindeutige öffentliche Begleitung in Kooperation mit der Zivilgesellschaft. Insgesamt muss die SPD-Linke öffentlich verständlich zeigen, wofür sie steht und was sie ablehnt. Gebraucht wird eine klare Sprache und keine Wortakrobatik.

Angeichts der polarisierenden Einkommensentwicklung und millionenfacher prekärer Arbeit ergeben sich die Themen von selbst. Die Schwerpunkte für den 2009 anstehenden Bundestagswahlkampf sind damit praktisch vorgegeben.

» Die zweite Aufgabe der handlungsfähigen linken Mehrheit wird für alle Akteure noch ein mühevoller Weg, erhebliche Defizite sind vorhanden. Stephan Liebich, Koordinator des Forums Demokratischer Sozialismus in der Partei Die Linke, geht auf diese Überlegungen ein. Trotz Unwägbarkeiten lautet sein Fazit: Es lohnt sich, dafür zu streiten.

An dieses Fazit lässt sich anschließen. Der Eingang erwähnte Scherbenhaufen ist Teil der Wahrheit. Das schönzureden, würde dem Vertrauensverlust gegenüber der SPD 2008 nur noch Vorschub leisten. Bei Lichte betrachtet sind aber einige Ansatzpunkte vorhanden, um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. ■

☞ Kai Burmeister, ist Mitglied im spw-Arbeitsschuss und Gewerkschaftssekretär.

☞ Lars Neumann, ist Mitglied der Redaktion und Unternehmensberater.

☞ Stefan Stache, ist spw-Chefredakteur.